Wirtschaft

SMI 8125 Punkte

+1.1%

↗ Gewinner		↘ Verlierer	
Julius Bär N	+3.5%	Syngenta N	-0.2%
Swiss Life N	+3.2%	ABB N	0.0%
Zurich Ins. N	+2.1%	Givaudan N	+0.5%

Dow Jones Ind. ↗ 17706 Punkte

+1.2%

Euro Stoxx ↗ 3010 Punkte

+2.6%

Euro in Franken	1.107	-0.35%
Dollar in Franken	0.992	0.06%
Euro in Dollar	1.116	-0.40%
GB-Pfund in Franken	1.452	1.12%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	48.92	1.5%
Gold (Unze) in Dollar	1236.40	-1.0%
Silber (Unze) in Dollar	16.30	-0.8%

Nachrichten

Steuern

Razzia wegen Verdacht auf Steuerbetrug bei Google

Französische Ermittler haben wegen des Verdachts auf Steuerbetrug Büros des US-Internetkonzerns Google in Paris durchsucht. Das Vorermittlungsverfahren sei bereits im vergangenen Juni eröffnet worden, teilte die nationale Finanz-Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Es gehe darum, zu klären, ob Google Ireland Ltd. eine feste Niederlassung in Frankreich habe und ob das Unternehmen gegen Steuervorschriften verstossen habe, indem es einen Teil seiner Aktivitäten in Frankreich nicht dort angegeben habe. Google erklärte dazu: «Wir halten uns an französisches Recht und kooperieren umfänglich mit den Behörden, um ihre Fragen zu beantworten.» Frankreich verlangt von den Amerikanern Steuernachzahlungen von 1,6 Milliarden Euro. *(SDA)*

Bier

EU-Wettbewerbshüter lassen Bierfusion mit Auflagen zu

Die Biergiganten Anheuser-Busch Inbev und SABMiller können aus Sicht der EU-Wettbewerbshüter zum weltgrössten Bierkonzern zusammenwachsen. Die EU-Kommission genehmigte am Dienstag in Brüssel die rund 100 Milliarden Euro schwere Fusion unter Auflagen. AB Inbev müsse nahezu das gesamte europäische Biergeschäft von SABMiller verkaufen, hiess es. «Der Bierumsatz in Europa beträgt rund 125 Milliarden Euro jährlich. Selbst ein relativ geringer Preisanstieg könnte die Verbraucher somit beträchtlich schädigen. Unser Hauptanliegen war es daher, zu gewährleisten, dass die Übernahme von SABMiller durch AB Inbev nicht zu weniger Wettbewerb auf den europäischen Biermärkten führt», sagte die zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager. *(SDA)*

Konjunktur

Deutsche Wirtschaft noch gut in Schwung

Kauffreudige Konsumenten und investierende Firmen haben der deutschen Wirtschaft im ersten Quartal zum stärksten Wachstum seit zwei Jahren verholfen. Für Impulse sorgten auch die boomende Baubranche und staatliche Ausgaben für die Flüchtlinge, während der Aussenhandel wegen der globalen Konjunkturschwäche bremste. Insgesamt kletterte das Bruttoinlandprodukt von Januar bis März um 0,7 Prozent im Vergleich zum Jahresende 2015, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Im laufenden Quartal dürfte sich das Wachstum allerdings nach Ansicht der deutschen Regierung und der Bundesbank abgeschwächt haben. *(SDA)*

Der Fall BSI

«Das ist äusserst schmerzhaft für die Tessiner Wirtschaft»

Der frühere Staatsanwalt Paolo Bernasconi spricht von gravierenden Mängeln bei der BSI.

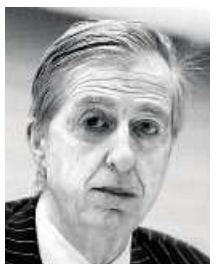
Mit Paolo Bernasconi sprachen Franziska Kohler und Andreas Möckli

Die Vorwürfe der Finma gegen die BSI sind happig. Die Bank habe mit dem malaysischen Staatsfonds 1MDB schwer gegen Bestimmungen zur Geldwäscherei verstossen. Wie schätzen Sie den Fall ein?
Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma geht ausserordentlich drastisch gegen die BSI vor. Aber ihre Reaktion steht im Verhältnis zur Schwere der ermittelten organisatorischen Missstände. Das zeigt sich vor allem daran, dass auch die Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren im Fall BSI eröffnet hat. Sie ermittelt nicht nur gegen Personen, sondern sogar – und das ist meines Erachtens einer der wichtigsten Punkte – gegen die Bank als solche. Das Strafgesetzbuch erlaubt die Verfolgung eines Unternehmens, wenn dieses nicht genügend Vorkehrungen getroffen hat, um Straftaten zu verhindern. Der entsprechende Artikel ist seit 2003 in Kraft, wurde aber bis zum heutigen Tag sehr selten angewandt.

Das Fehlverhalten der BSI war laut Finma gravierend. Es ist etwa die Rede von Millionenzahlungen, die als Geschenk deklariert wurden. Was sagen Sie zu solchen Vorwürfen?
Gemäss der Finma hat die BSI die Sorgfaltspflichten offenbar tatsächlich systematisch verletzt, das ist ein schwerwiegender Organisationsmangel. Vor allem, weil es in der Schweiz ein grosses Paket von Normen gibt, die Geldwäscherei verhindern sollten. Diese Regeln einzuführen und umzusetzen, hat viele Millionen Franken gekostet. Es gibt zahlreiche Compliance-Angestellte bei allen Banken, die sich bemühen, die Normen durchzusetzen. Trotzdem gibt es aufseiten der Banken immer noch schwarze Schafe. Die BSI ist dafür ein drastisches Beispiel. Doch schwarze Schafe wird es immer geben. Wichtig ist, dass es auch gute Hirten gibt. Die Finma reagiert nun hart, aber verhältnismässig. Zum Glück arbeitet sie unabhängig von politischen Einflüssen.

> «Banken sollten keine Konten für Offshore-Firmen mehr eröffnen.»

Die Finma greift tatsächlich hart durch – und befiehlt die Auflösung der BSI. Ist das der richtige Schritt?
Es ist ein äusserst schmerzhafter Schritt für die Tessiner Wirtschaft. Es geht hier um eine grosse Bank, die wichtigste im Tessin. Ich denke insbesondere an die Arbeitsstellen, die bereits verloren gegangen sind oder nun auf dem Spiel stehen. Gleichzeitig denke ich an die grosszügige Bonuspolitik der BSI in den letzten Jahren, welche die Finanzmarktaufsicht explizit angeprangert hat. Bonusappetit produziert Risiken. Die Angestellten müssen für die Missstände bei den Managern bezahlen. Das tut mir leid.



Paolo Bernasconi
Der 73-Jährige war von 1969 bis 1985 Staatsanwalt des Kantons Tessin. Seitdem berät er als Anwalt die OECD, die EU und die Schweiz in Geldwäschereifragen.

Kann man sogar von krimineller Energie auf Stufe der Bankführung sprechen?
Die Finma nimmt solche Worte nicht in den Mund. Aber sie hat entschieden, öffentlich mitzuteilen, dass ein Strafverfahren durch die Bundesanwaltschaft eröffnet worden ist. Das ist ein klares Zeichen.

Die Finma hat gegen sechs weitere Schweizer Banken Verfahren eröffnet, im Kontext der Affäre 1MDB und des brasilianischen Korruptionsfalls Petrobras. Um welche Geldhäuser könnte es gehen?
Dazu kann ich keine Namen nennen. Ich bin aber nicht überrascht, dass es zu weiteren Verfahren kommt. Schon bei der Lektüre der Fälle wird klar, dass mehrere Banken darin verwickelt sein müssen. Die Finma begnügt sich offenbar nicht damit, einen einzelnen Sündenbock zu finden.

Die Finma wird aber auch kritisiert. Sie untersuchte die BSI schon 2014, als diese an die Bank Pactual verkauft wurde. Eingegriffen habe die Behörde aber erst, als der Druck aus dem Ausland zugenommen habe. Teilen Sie diese Kritik?
Im Nachhinein wissen es immer alle besser. Ich gehöre nicht zu denen, welche die Behörden jedes Mal kritisieren, wenn sie aktiv werden. Die Finma hat mit der Liste der Missstände bei der BSI ganze Seiten gefüllt. Das zeigt, dass die Behörde sich ausserordentlich engagiert hat, um diesen Fall hart anzupacken. Solche detaillierten Untersuchungen brauchen viel Zeit.

Sie gelten sonst nicht als Freund der Finma. Als die Behörde überrascht auf die Enthüllungen der Panama Papers reagierte, bezeichneten Sie sie als «scheinheilig», weil sie von den Tarnfirmen in Steuerparadiesen schon lange gewusst habe.
Ich bin weder Freund noch Feind der Finma. Ich bin ein Freund der Selbstregulierung und des schweizerischen dualen Systems – also der Revisionsgesellschaften einerseits und der Aufsichtsbehörden andererseits. Diese müssen Lücken entdecken und sich engagieren, um sie zu füllen. Die umfangreichen Vorwürfe der Finma im Fall BSI sind das Ergebnis von harter, schwieriger und zeitaufwendiger Arbeit. Die Finma-Untersuchung und die jetzt verfügten Massnahmen verdienen gewiss eine Goldmedaille.

Oftmals spielen bei Geldwäschereiskandalen Offshorekonstrukte eine wichtige Rolle. Dieses Problem des Schweizer Finanzplatzes ist also noch ungelöst.
In meinen 40 Jahren Tätigkeit als Staatsanwalt und Professor war ich immer wieder enttäuscht, weil viele Banken sich eben nicht selber regulieren wollen. Am einfachsten wäre es, wenn die Schweizer Geldinstitute keine Konten auf den Namen von Offshoresitzgesellschaften mehr eröffnen würden. Doch das steht nicht zur Diskussion – nicht einmal nach den Enthüllungen durch die Panama Papers. Dabei wäre es die richtige Antwort. Nach dem Skandal um die Credit Suisse in Chiasso 1977 (Mitarbeiter hatten in Italien steuerhinterzogene Fluchtgelder angeworben und nach Liechtenstein verschoben; Anm. d. Red.) wurde die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken erlassen. Nach den neusten Skandalen soll die Schweizerische Bankiervereinigung nun spontan diesen Schritt gegen Offshoregesellschaften machen. Sonst muss die Finma endlich einschreiten.

Die 1MDB-Konten liess die Bank BSI grösstenteils über den Sitz in der Suntec City in Singapur lau

Ein beispiellose

Die Finma verlangt die Auflösung der Bank BSI. D sind schwerwiegend. 1000 Angestellte bangen u

Jorgos Brouzos

«Wir müssen pragmatisch sein, um unseren Kunden echte Antworten auf ihre Bedürfnisse zu liefern», schrieb Stefano Coduri 2011 in den Geschäftsbericht der Tessiner Bank BSI.

Coduri ist gestern als Chef der Bank zurückgetreten. Unter seiner Ägide hat sich das Institut schwerwiegende Verstösse zuschulden kommen lassen. Das gab die Finanzmarktaufsicht Finma gestern bekannt. Die Bank spielt in der Korruptionsaffäre um den malaysischen Staatsfonds 1MDB eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt ihre Verstrickung in den brasilianischen Petrobras-Skandal und den US-Steuerstreit.

Für all diese Verfehlungen wird die Bank von der Finma hart bestraft. Sie wird praktisch aufgelöst, 95 Millionen Franken frühere Gewinne werden eingezogen, und es werden zwei Verfahren gegen ehemalige Top-Shots der Bank eröffnet. Ihnen droht ein Berufsverbot von maximal fünf Jahren. Aufgrund der Grösse des Falles, der vielen Vergehen und der besonderen Dreistigkeit spiele er in einer eigenen Kategorie, erklärt Finma-Chef Mark Branson. Das Institut wird nun nach 143 Jahren Geschäftstätigkeit faktisch aufgelöst. BSI geht komplett in der Privatbankengruppe EFG auf, mit der die Bank in Fusionsverhandlungen steht. Zudem gab die Bundesanwaltschaft gestern bekannt, dass sie ein Strafverfahren gegen BSI eröffnet. Einer der grössten Geldwäschereifälle der Schweizer Geschichte ist damit noch lange nicht ausgestanden.

Frühe Warnung der Finma

Seit Monaten steht der malaysische Staatsfonds 1MDB in der Kritik. Gedacht war das Vehikel, um den lokalen Finanzplatz zu stärken. Immer deutlicher zeigt sich aber, dass der Fonds der politischen Elite des Landes zur Bereicherung diente. Für die Tessiner Bank BSI war die Beziehung zum Staatsfonds lukrativ. Es habe sich um die wichtigste Kundengruppe der Bank gehandelt, sagt Finma-Chef Branson. Beim Geschäften mit 1MDB ging die BSI laut Finma äusserst unverfroren vor: Die Margen beim Geschäft mit dem Staatsfonds waren überhöht, der Zweck der Transaktionen dubios. In einem Fall flossen 20 Millionen Dollar am selben Tag über verschiedene Konten innerhalb der Bank, um am Ende wieder an eine andere Bank überwiesen zu werden.

Solche Transaktionen sind laut der Finma anfällig für Geldwäscherei. Das alles geschah laut der Aufsicht unter den Augen der obersten Gremien der Bank. Der Verwaltungsrat der BSI habe klare Hinweise über die Geschäftsrisiken mit dem Kunden aus Malaysia besessen, denn bereits 2013 habe die Finma die Bank gewarnt. Es brauchte fast drei Jahre, bis der Warnschuss Konsequen-

Bank BSI in Zahlen

	2012	2013	2014	**2015**
Mitarbeiter insgesamt	1963	1989	1928	**1850**
Mitarbeiter in Asien	310	316	310	**307**
Verwaltete Kundengelder, in Mrd. Fr.	86	89	94	**84**
Gewinn / Verlust, in Mio. Fr.	77	–722	2	**113**

TA-Grafik mrue / Quelle: Geschäftsberichte BSI

ufen. Foto: Tobias Gerber (Laif)

er Skandal

ie Verfehlungen des grössten Tessiner Instituts
m ihre Zukunft.

zen nach sich zog. Die Analyse der Situation war komplex, verteidigte sich Branson an der Medienkonferenz. Und: Noch 2014 habe es bei 1MDB keine Anzeichen von Korruption gegeben. Bei der Warnung sei es nur um die riskante Natur der Kundenbeziehungen gegangen.

In Singapur gilt der BSI-Fall als der schlimmste, den die dortigen Behörden je gesehen haben. Die Bank BSI verliert daher dort die Lizenz und kassiert von der lokalen Aufsicht eine Busse von 9 Millionen Franken. Dort im modernen und pompösen Suntec Tower wurden die Konten des Kunden 1MDB zu einem grossen Teil gebucht. Geleitet wurde das Asiengeschäft lange von Starbanker Hanspeter Brunner. Die Singapurer Niederlassung wurde laut der Finma bewusst an der langen Leine gelassen. Die interne Aufsicht muss nach der Einschätzung von Beobachtern katastrophal funktioniert haben: Es stelle sich die Frage, ob der Verwaltungsrat der BSI-Bank und die externe Revision ihre Aufsichtspflicht erfüllt haben. Das Beratungsunternehmen Ernst & Young hat in dieser Zeit die Bücher der Tessiner Bank geprüft. Die Firma kommentiert eine Anfrage des TA dazu nicht.

«Die Gier ist noch gleich»

Monika Roth, Professorin für Finanzmarktrecht, kann den gestrigen Entscheid der Finma nachvollziehen: «Es wurde bei der BSI jede Regel missachtet, die es für diese Art der Geschäftstätigkeit gibt.» Dennoch werde dieser Fall kaum ein Umdenken in der Branche auslösen. «Die Gier ist immer noch gleich und das mangelnde Unrechtsbewusstsein auch», so Roth. Für einen Kulturwandel sei es notwendig, dass die Verantwortlichen der Banken selbst happige Verwaltungsbussen bezahlen müssten, wenn sich ein Fehlverhalten nachweisen lasse. Zudem fordert Roth, dass Banken, die sich nicht an die Regeln halten, geschlossen werden können. «Für das Ignorieren von solchen klaren Basisregeln darf es kein Pardon geben, fehlbare Banker müssen lebenslang gesperrt werden», sagt Roth. Kein Verständnis hat Roth dafür, dass die 95 Millionen Franken der eingezogenen BSI-Gewinne der Bundeskasse zufallen: «Das Geld gehörte dem malaysischen Staatsfonds und soll daher dem dortigen Steuerzahler zurückerstattet werden.»

Angst um Arbeitsplätze

Für Natalia Ferrara vom Schweizerischen Bankpersonalverband drohen in dieser Situation die Mitarbeiter des grössten Arbeitgebers auf dem Tessiner Finanzplatz vergessen zu gehen: «Rund 1000 Mitarbeitende sind im Kanton für die BSI tätig, sie wissen nicht, wie es nun mit der Bank weitergeht.» Sie erwartet daher, dass die neue BSI-Spitze bald die Mitarbeitenden informiert. Bislang sei sie davon überzeugt gewesen, dass EFG einen Grossteil der lokalen Belegschaft übernehme. Die Personalvertreterin hatte den Eindruck, dass die neuen Eigner der BSI vor allem bei der Informatik von BSI sparen wollten, die weiteren Geschäftsbereiche wären aber wohl integriert worden. Ob das noch immer gelte, sei nun unklar. «Wenn die BSI verschwindet, ist das mehr als nur ein Imageschaden für den Tessiner Finanzplatz – es ist ein schwerer Verlust», erklärt Ferrara. Daran seien nur wenige schuld, den Schaden trügen aber viele.

Gestern wurde auch bekannt, dass die Behörden die Übernahme von BSI durch EFG bewilligen. Sie sind wohl froh darüber, dass die BSI auf diese Art und Weise verschwindet – auch wenn EFG dafür viel Kapital aufnehmen musste. EFG wusste vom Verfahren gegen BSI, so Branson. Die Finma ermittelt weiter: Es laufen noch mehrere Verfahren im 1MDB-Skandal und der Petrobras-Affäre.

Kommentar Seite 2

Der tiefe Fall eines grossen Bankiers

Über 20 Jahre war Alfredo Gysi Chef und Präsident der BSI. Er gilt als einer der Hauptverantwortlichen für das Ende der Traditionsbank.

Lukas Hässig

Alfredo Gysi zählte zu den Leuchttürmen auf dem Schweizer Finanzplatz. Der heute 68-Jährige wurde vor 22 Jahren Chef der Tessiner Privatbank BSI und übernahm Anfang 2012 deren Präsidium. Als er letzten Herbst zurücktrat, galt Gysi als Finanzkapitän mit grossem Namen und vielen Meriten. Umso tiefer ist nun sein Fall. Seit gestern ist der Spitzenbanker Aushängeschild für ein Swiss Banking, das jahrelange Geldwäscherei in riesigem Ausmass ermöglicht haben soll. Seine BSI wurde auf behördliches Geheiss geschlossen.

Gysis Fall ist auch jener des alten Finanzplatzes. Gysi hatte alles: einen Top-Ruf, beste Beziehungen, Erfolg im Geschäft, Einfluss in der Politik. Er war lange Präsident der Auslandbanken in der Schweiz und er sass bis letzten Monat im Bankrat der Schweizerischen Nationalbank. Ein Banker, der es mit harter Arbeit vom überschaubaren Südkanton auf die grosse Bühne gebracht hat. Auch wenn er seinen Wohnsitz vor ein paar Jahren in die Weltmetropole London verschoben hatte: Gysi blieb seiner Heimat verbunden. Als die Schweiz nach dem Ende des Bankgeheimnisses von den USA und der EU immer mehr bedrängt wurde, zauberte er mit Vertrauten 2012 «Rubik» aus dem Ärmel. Das Projekt wollte die Steuersünden der Vergangenheit mittels finanziellem Ablass aus der Welt schaffen, scheiterte aber am Widerstand Deutschlands.

Der dramatische Sturz vom Säulenheiligen zum Paria begann ohne öffentliches Aufhebens. Letzten Herbst trat Gysi bei jener Bank ab, der er während über zwei Jahrzehnten den Stempel aufgedrückt hatte. Offizieller Grund war der Verkauf der BSI an die brasilianische Finanzgruppe BTG Pactual. Das Kommando ging von Gysi an Joseph Rickenbacher über, einen langjährigen Kreditspezialisten der UBS, der nach ein paar Jahren im Verwaltungsrat der Finma einen Neustart lancierte.

Ein Tiefschlag nach dem anderen

Schon damals hätte man sich fragen können, warum Gysi abtritt, zumal die Stabsübergabe an den nun 67-jährigen Rickenbacher definitiv kein Generationenwechsel bedeutete. Doch damals blieben die Fragen aus. Im Gegenteil, Alfredo Gysi behielt Würde und Respekt, wurde er doch zum Ehrenpräsidenten der BSI gewählt. Die Welt des Grand Old Man des Schweizer Finanzplatzes schien weiterhin in bester Ordnung. Doch kaum war Gysi abgetreten, folgte ein Tiefschlag auf den anderen. Die neuen BSI-Besitzer aus Lateinamerika gerieten tief in den Korruptionsskandal rund um Petrobras. Und bei den Ermittlungen rund um Geldwäscherei beim malaysischen Staatsfonds 1MDB tauchte ebenfalls immer öfters der Name BSI auf. Warnungen der Finma bezüglich fragwürdigen Transaktionen in diesem Zusammenhang wurden aber offenbar nicht ernst genommen, und die BSI-Kapitäne zeigten sich gegenüber den Aufsichtsbehörden wenig kooperativ.

Die nun angeordnete Schliessung der Bank ist ein in seiner Unmissverständlichkeit selten brutales Verdikt und für Alfredo Gysi das Ende einer langen, stolzen Karriere. Der Mann, der den Bankenplatz Schweiz während Jahrzehnten geprägt hat, erhält von der Aufsichtsbehörde die Höchststrafe.

Alfredo Gysi
Bankier

Wegen Live-Sport – 72-Millionen-Busse gegen Swisscom

Der Konzern habe seine marktbeherrschende Stellung gegenüber anderen TV-Anbietern missbraucht.

Matthias Pfander

Die Wettbewerbskommission (Weko) brummt der Swisscom eine Busse in der Höhe von 71,8 Millionen Franken auf. Der Telecom-Anbieter habe mit seinen Tochtergesellschaften Teleclub und Cinetrade seine marktbeherrschende Stellung im Pay-TV-Geschäft bei der Live-Übertragung von Fussball- und Eishockey-Spielen missbraucht, so das Urteil. Leidtragende von diesem Geschäftsgebaren der Swisscom waren die anderen TV-Anbieter, namentlich UPC Cablecom, die ihren Kunden im Vergleich zu Swisscom TV kein ebenbürtiges Angebot offerieren konnten.

Ein Beispiel, wie diese Praxis aktuell aussieht: Wer heute live am Bildschirm verfolgen will, wie der FC Zürich um den Ligaerhalt kämpft oder ob sich Lugano gegen St. Gallen die fehlenden Punkte holen kann, geht bei SRF leer aus. Auf SRF 2 wird gemäss Programm der Match Basel gegen GC übertragen. Beim Pay-TV-Sender Teleclub stehen hingegen alle fünf Super-League-Spiele zur Auswahl, die heute stattfinden. Swisscom-Kunden können dort die einzelnen Spiele buchen und anschauen.

Nicht so die Kunden anderer TV-Anbieter. Sie müssen das Basispaket von Teleclub für 39.90 Franken pro Monat sowie das Sport-Paket für weitere 9.90 Franken beziehen. Dann haben sie heute die Wahl zwischen drei Spielen. Wer diese in hochauflösender HD-Qualität sehen will, zahlt nochmals zusätzlich 5.90 Franken pro Monat.

Dass die anderen TV-Anbieter die Spiele ihren Kunden via Teleclub in HD-Qualität überhaupt anbieten können, ist vergleichsweise neu. Bei UPC Cablecom gibt es Teleclub in HD erst seit Juli 2015. Vorher war die HD-Qualität ausschliesslich Swisscom-Kunden vorbehalten.

Der Teleclub-Streit reicht zurück bis ins Jahr 2012, als die Weko aufgrund von verschiedenen Hinweisen Ende Mai mit einer Voruntersuchung begann. Im April 2013 wurde dann die definitive Untersuchung eröffnet.

Eine wichtige Etappe erreichte das Verfahren letzten Juli, als das Weko-Sekretariat den Verfügungsentwurf vorlegte. Darin war die errechnete Busse mit 143,6 Millionen Franken rund doppelt so hoch als die nun effektiv ausgesprochene. Wie bereits im Entwurf der Verfügung bezeichnet die Weko den Verstoss der Swisscom als «mittelschwer». Offenbar hat die Wettbewerbsbehörde nun aber mildernde Umstände berücksichtigt: «Hinsichtlich der Schwere des Verstosses hat die Weko insbesondere dem Umstand Rechnung getragen, dass die Swisscom den beeinträchtigten Wettbewerb ursprünglich überhaupt erst ermöglicht hat», heisst es in einer Begründung zum gestern veröffentlichten Entscheid.

Swisscom zieht Urteil weiter

Bis der Teleclub-Streit ausgetragen ist, dürfte es allerdings noch Monate dauern. Die Swisscom hat gestern in einer Stellungnahme bereits angekündigt, den Fall an die nächste Instanz «und falls nötig» an das Bundesgericht weiterzuziehen. Der Telecom-Konzern stellt sich weiterhin auf den Standpunkt, dass die Sanktionen ungerechtfertigt seien. «Erst dank des Einstiegs von Swisscom ins TV-Geschäft im Jahr 2006 erhielten die Konsumenten in dem von Kabelnetzbetreibern monopolisierten Umfeld des Schweizer Fernsehmarktes überhaupt eine Alternative und entstand in der Folge intensiver Wettbewerb», so die Swisscom.

UPC Cablecom äussert sich in seiner ebenfalls gestern veröffentlichten Stellungnahme einerseits zufrieden mit dem Urteil der Weko. Andererseits würde sich der Swisscom-Konkurrent unmittelbare Konsequenzen wünschen: «Der Entscheid der Wettbewerbskommission, Swisscom nicht zu sofortigen kommerziellen Verhandlungen über die Weitergabe der Sportinhalte auch für Kundinnen und Kunden anderer Anbieter zu verpflichten, ist bedauerlich und nicht nachvollziehbar.»

Internetpanne bei Swisscom, Seite 16

Weniger Bares wegen Strafzinsen

Über die Hälfte der Pensionskassen zahlte 2015 Negativzinsen. Doch die Vorsorgeeinrichtungen haben reagiert.

Jürg Rüttimann

Die Strafzinsen und Guthabengebühren auf gewissen Bankguthaben hat viele Pensionskassen dazu veranlasst, ihre Bargeldbestände auf mehrere Banken zu verteilen und den Anteil flüssiger Mittel in der Bilanz zu reduzieren. Dies zeigt die aktuelle Pensionskassenstudie von Swisscanto, einer Tochtergesellschaft der Zürcher Kantonalbank, an der über 450 Vorsorgeinstitutionen teilgenommen haben, die zusammen rund vier Fünftel aller 2.-Säule-Vermögen verwalten. Ins Gewicht fallen die Negativzinsen über alles gesehen aber nicht wirklich: Denn zwar haben 55 Prozent der Pensionskassen und Sammelstiftungen angegeben, 2015 Strafzinsen bezahlt zu haben. Fällig wurden diese gemäss der Umfrage aber durchschnittlich lediglich auf 21 Prozent der Barbestände. Aufgrund dieser Angaben schätzt Swisscanto, dass schweizweit auf Pensionskassengeldern in der Höhe von nur rund 100 Millionen Franken Strafzinsen entrichtet wurden. Bezahlt werden mussten diese naturgemäss insbesondere von grossen Kassen.

Die von der Schweizerischen Nationalbank verfolgte Negativzinspolitik wirkt sich aber auch auf die Asset-Allocation der Pensionskassen aus, das heisst auf die Aufteilung der verwalteten Vermögen in die unterschiedlichen Anlageklassen. So wurden Ende 2015 lediglich noch 5,6 Prozent der Pensionskassenvermögen flüssig gehalten. Trotz Tiefzinsumfeld und damit verbundener Schwierigkeiten für kurzfristige Geldanlagen sind die Barbestände damit markant gesunken. Denn in den Vorjahren betrug der Anteil der liquiden Mittel in den PK-Bilanzen jeweils zwischen 6,9 und 7,9 Prozent. Meist liegt das Geld auf Bankkonten, einzelne Pensionskassen haben Swisscanto aber auch angegeben, zur Vermeidung von Negativzinsen Bargeld nun sogar physisch einzulagern.

Rekordhohe Aktienquote

Mit 30,1 Prozent so hoch wie noch nie zuvor war Ende 2015 auch der Anteil der Pensionskassenvermögen, die in Aktien angelegt waren. Weiter gestiegen sind auch die in Immobilien investierten Pensionskassenvermögen. Mit 21,9 Prozent ist der Immobilienanteil in den PK-Portfolios auf einem Höchststand. Die Obligationenquote ist indes auf einen historischen Tiefstand von 33,3 Prozent gefallen, was hauptsächlich den derzeit schlechten Erträgen dieser Anlageklasse geschuldet ist. Die tiefen Zinsen auf Obligationen dürften auch dazu führen, dass es bei den Pensionskassen zu weiteren Verschiebungen von Vermögen in risikobehaftetere Anlageklassen kommt. Zumal 2015 die von Swisscanto errechnete durchschnittlich erreichte Anlagerendite von 1,13 Prozent den für die Verzinsung der Altersguthaben erforderlichen Zielrenditen weit hinterherhinkt.